

PRESSEMITTEILUNG

DGB warnt vor wachsender Wohnungsnot Studie: Wohnungsmangel nicht nur in Ballungsräumen

17.10.2018

Region Südosthessen

PM 016/ 2018

Ulrike Eifler
Regiongeschäftsführerin
DGB Region Südosthessen

ulrike.eifler@dgb.de

Telefon: 06181-24 216
Telefax: 06181-25 77 61
Mobil: 0170-78 70 684

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) warnt vor einer wachsenden Wohnungsknappheit im Landkreis Fulda. Der Wohnungsmangel konzentriert sich zwar auf die Oberzentren, aber auch außerhalb von Ballungsräumen finden Haushalte mit niedrigem und geringem Einkommen inzwischen kaum mehr bezahlbaren Wohnraum. Noch aussichtsloser ist die Situation für Menschen, die beispielsweise aufgrund einer Körperbehinderung auf dem Wohnungsmarkt als vermeintlich „schwierig“ gelten.

Laut einer neuen Studie des Pestel-Institutes müssten im Landkreis Fulda jährlich mindestens 949 Wohnungen neu gebaut werden, um den künftigen Wohnungsbedarf zu decken. In den vergangenen drei Jahren wurden im Schnitt jedoch nur 756 Wohnungen fertig gestellt. Bereits Ende des vergangenen Jahres fehlten 810 Wohnungen auf dem Markt. Im ländlichen Raum darf zudem nicht vernachlässigt werden, dass ein Großteil des Leerstandes in Dorfkernen nicht den heutigen Anforderungen an modernisierte Wohnungen entspricht. Auch hier besteht Handlungsbedarf. Zudem ist der Ort des Leerstandes nicht zwangsläufig der Ort, an dem Wohnungen gesucht werden.

In ganz Hessen summiert sich der Mangel bereits auf rund 80.000 Wohnungen. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Wohnungen im unteren und mittleren Preissegment. Hessen weist damit das größte Wohnungsdefizit je 1.000 Einwohner/innen unter den Flächenländern in Deutschland auf. Die Landesregierung hat die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt komplett verschlafen und ist mit ihrer Politik gescheitert. In Hessen gab es 1991 noch 205.907 geförderte Wohnungen.

Diese Zahl ist mittlerweile auf 85.484 geschrumpft.

„Hier muss dringend umgesteuert werden“, fordert Ulrike Eifler, DGB Geschäftsführerin der DGB Region Südosthessen. „Wohnen ist ein Grundrecht und somit Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Mehr öffentliche Investitionen in den sozialen Wohnungsbau sind ein wichtiges Instrument, um gegen die Wohnungsnot vorzugehen.“

Zudem müssten Sozialwohnungen dauerhaft gebunden werden. Bei der Vergabe öffentlicher Grundstücke müsse im Rahmen von Konzeptvergaben ein fester Anteil bezahlbarer Wohnungen vorgeschrieben werden, so Eifler weiter. „Bis 2035 beträgt laut der Pestel-Studie der Wohnungsbedarf in Hessen 400.000 Wohnungen. In den kommenden Jahren müssen pro Jahr ca. 35.000 Wohnungen hessenweit gebaut werden, davon mindestens ein Drittel Sozialwohnungen, damit auch im Landkreis Fulda der Wohnraummangel ein Ende hat.“

Für kommenden Samstag ruft ein breites Bündnis unter Beteiligung des DGB zu einer zentralen Demonstration für ausreichend bezahlbaren Wohnraum auf. Beginn ist um 13 Uhr am Frankfurter Hauptbahnhof.